

Vorzeitige Rücktritte Jeder fünfte Gemeinderat hört früher auf als geplant

Wenn die Wahl zur Qual wird

In den letzten Tagen haben im Aargau gleich drei Gemeindeammänner ihren Rücktritt bekannt gegeben. Sie sind keine Einzelfälle: 188 vorzeitige Demissionen von Gemeinderäten registrierte der Kanton allein in der laufenden Amtsdauer.

VON MARIO FUCHS

Auf diese Überraschung hätte man in Schinznach-Bad gerne verzichtet. Mitteilungsblatt Nr. 5, 3. März 2017. Letzte Seite. «Liebe Einwohnerinnen und Einwohner», beginnt Gemeindeammann Oliver Gerlinger, und schreibt: «Die Antriebsbatterien halten sehr lange, so dass man glauben könnte, die Energiequelle versiege nie.» Doch wenn der Pegel des Ladezustandes zu tief sinke, dauere es ungewöhnlich lange, bis wieder genügend Kraft vorhanden sei, dem Leben und dessen Aufgaben zu trotzen. «Mir wurde schmerzlich aufgezeigt, dass ich meine Batterien über Gebühr strapaziert hatte und eine drastische Veränderung eingeleitet werden muss.» Konsequenz: Gerlinger reichte seine sofortige Demission ein,

«schweren Herzens», wie er betont. Gerlinger ist damit nicht allein. Auch der Ammann von Auenstein, Reto Krättli, gab vergangene Woche seinen sofortigen Rücktritt bekannt. Auch seine Demission erfolgt «aus gesundheitlichen Gründen», allerdings nicht wegen einer Erschöpfung. In Klingnau tritt Oliver Brun «aus beruflichen und familiären Gründen» nicht mehr an.

Beauf meiste Grund

Laut Samuel Helbling, Sprecher des Aargauer Innendepartements, waren es in den Jahren 2006-2009 192 vorzeitige Rücktritte, von 2010 bis 2013 bereits deren 211. In der laufenden Amtsperiode (2014-2017) sind es bisher 188, wobei das letzte Legislaturjahr noch fehlt. Fazit: Jedes fünfte Ratsmitglied geht früher als geplant. Die Rücktrittsgesuche werden von der Gemeindeabteilung geprüft. Die Leiterin nimmt bei unklarer Sachlage Rück-

sprache. Der verantwortliche Regierungsrat Urs Hofmann (siehe auch Text unten) sagt: «Aufgrund vieler Gespräche mit zurücktretenden Gemeinderatsmitgliedern habe ich den Eindruck, dass viele sich mit ihrem Rücktritt sehr schwer tun und den Bettel nicht leichtfertig hinschmeissen.» Spitzenreiter in der unrühmlichen Rangliste sind Eiken mit sechs und Rottenschwil mit fünf Rücktritten in den letzten drei Jahren. Den dritten Rang teilen sich Arstau, Besenbüren, Habsburg und Mägenwil (je vier Rücktritte). Mit Abstand am häufigsten wird der Beruf als Grund für einen verfrühten Abgang genannt (83 Mal), danach folgen persönliche Gründe (42), gesundheitliche (30), Wegzug (12) und geplante Erneuerungen (10). So haben etwa im Fricktal die langjährigen Ammänner Brunette Lüscher (Magden, 15 Jahre) und Bernhard Horlacher (Schupfart, 13 Jahre) gezielt Nachfolger

aufgebaut und diesen Ende 2016 ihre Sessel überlassen.

Andere wiederum geben offen zu, dass ihnen die Lust am Politisieren vergangen ist. So wie Heidi Wanner in Koblenz. Sie stellte fest, dass der Ton rauer geworden ist. Die Sitten und das Gebaren der nationalen Politik seien auch auf der lokalen Ebene angekommen. Sie erhalte E-Mails, die jeden Abend vermissen lassen. «Daruf habe ich keine Lust mehr», sagte die zweifache Mutter und Grossmutter 2016 bei ihrem Rücktritt nach 14 Jahren.

Den Liebsten Sorge tragen

Renate Gautschy ist Gemeindeammann von Gontenschwil und Präsidentin der Aargauer Gemeindeammännervereinigung (GAV). Sie sagt: «Die Leute bleiben weniger lang als vor 20, 30 Jahren.» Die Zunahme der Rücktritte sei nicht exorbitant, aber kontinuierlich. Gautschy kennt Gerlinger gut, da

er auch im Vorstand der GAV mitgewirkt hatte. Sie sagt: «Jeder Fall, der so endet, tut mir weh.» Gerlinger sei aber «beispielhaft» mit seiner Situation umgegangen: «Man muss sich trauen und die Offenheit haben, zu sagen: Ich spüre meine Grenzen.» Das sei sehr wichtig, um im Rat reagieren zu können. Auch die Bevölkerung müsse Verständnis aufbringen, Räte könnten nicht immer überall dabei sein. Persönlich sei es ihr mit dem Kräftehaushalt bis jetzt gut ergangen, aber sie erlaube sich auch, einmal abzusagen, statt einen Termin hineinzuquetschen: «Damit macht man weder sich noch den Einladenden einen Gefallen.» Man müsse Sorge tragen zu Familie, Partner, Freunden: «Sie sind auch für einen da, wenn man kein Amt mehr hat.»

In Weiterbildungen sensibilisiert der Verband Gemeinderäte darauf. Damit böse Überraschungen dem Stimmvolk künftig wieder eher erspart bleiben.



Ein Fünftel aller Gemeinderatsmitglieder im Aargau schafft es nicht bis hierhin: Wahlkampfbanner für eine Wiederwahl in Wettingen.

ARCHIV/WALTER SCHWAGER

Zurückgetreten Burnout



Oliver Gerlinger
Schinznach-Bad, parteilos

Zurückgetreten Krankheit



Reto Krättli
Auenstein, FDP

Zurückgetreten Keine Lust mehr



Heidi Wanner
Koblenz, FDP

Bleibt man im Versteckten, droht ein Teufelskreis

Ein Experte erklärt, wer besonders Burnout-gefährdet ist - und warum der Begriff oft zu leichtfertig verwendet wird.



«Die Hemmschwelle, sich Hilfe zu holen, dürfte in einem öffentlichen Amt besonders hoch sein.»

Wolfram Kawohl
Bereichsleiter und Chefarzt
Psychiatrie und Psychotherapie
der Psychiatrischen Dienste
Aargau AG (PDAG)

Der Ammann von Schinznach-Bad hat sein Amt per sofort niedergelegt, weil er seine «Batterien über Gebühr strapaziert» hatte. Die az hat bei PDAG-Chefarzt und Burnout-Forscher Wolfram Kawohl nachgefragt.

Wie merke ich, ob ich ein Burnout habe? Wolfram Kawohl: Es gibt Warnsignale. Man hat das Gefühl, nichts zu leisten, obwohl man viel arbeitet. Man entwickelt eine zynische Einstellung gegenüber den Menschen, mit denen man beruflich am meisten zu tun hat. Und es kommt zu einer emotionalen Erschöpfung. Trifft alles zu, handelt es sich um ein Burn-out-Syndrom.

Wie wirkt sich das im Alltag aus und drohen Komplikationen? Burnout ist ein Risikozustand für eine Depression. Man grübelt viel, wacht mitten in der Nacht auf. Der Appetit ändert sich, in der Regel weniger, teilweise auch mehr. Viele Betroffene verlieren auch die Lust auf Sex.

Ist jeder Mensch gleich gefährdet? Nein, es gibt Risikofaktoren. Besonders gefährdet sind Menschen, die viel mit anspruchsvoller Klientel zu tun haben. Weitere Faktoren sind Schicht- und Nachtarbeit und mangelnde Autonomie. Grundsätzlich gilt: Menschen, die sehr mitfühlend und sozialkompetent sind, laufen eher Gefahr.

Sind also Milizpolitiker sehr gefährdet? Das ist sicher eine sehr anspruchsvolle Tätigkeit. Sie haben viel Kontakt und sind ausgeprägten Ansprüchen ausgesetzt. Sowohl von aussen als auch an sich selber. Was grundsätzlich nichts Schlechtes ist, aber auch ein Risikofaktor sein kann.

Ein Politiker hat vielleicht auch eher Mühe, sich ein Burnout einzugestehen? Das kann ich nicht abschliessend beurteilen. Die Hemmschwelle, sich Hilfe zu ho-

len, dürfte aber in einem öffentlichen Amt besonders hoch sein. Man hat vielleicht Angst, dass es sich herumpricht, sich auf das Amt oder die Wiederwahl auswirken könnte. Bleibt man damit im Versteckten, kann man in einen Teufelskreis geraten.

Was wäre die richtige Reaktion? Man sollte sich an eine Fachperson wenden. Am besten zuerst an den Hausarzt. Wenn er zum Schluss kommt, dass es fachärztliche Hilfe braucht, wird man weiterverwiesen. Gerade Menschen, die im öffentlichen Fokus stehen, bieten wir in den Psychiatrischen Diensten Aargau auch Hand zu diskreten individuellen Lösungen.

Wie wichtig ist rechtzeitige Hilfe? Absolut wichtig. Die Meisten warten zu lange. Und: Wenn sie Hilfe erhalten, ist diese oft zu einseitig. Nur auf die Person beschränkt und nicht auf das Gesamte. In der Regel leidet ja nicht nur die Person, sondern auch der Arbeitgeber, dem jemand ausfällt, sowie die Angehörigen.

Wird die Diagnose zu häufig gestellt? Burnout ist keine Diagnose. Es ist ein Syndrom, eine Zusammensetzung mehrerer Symptome. Ich habe grundsätzlich nichts gegen den Begriff, bin aber der Ansicht, dass er oft zu leichtfertig verwendet wird.

Wie meinen Sie das? Er wird von manchen Anbietern im Gesundheitswesen benutzt, um eine gewisse Klientel, etwa Manager, anzulocken. Zudem schwingt bei einem Burnout mit, dass man für eine Sache gebrannt hat. Das mag positiv klingen. Aus therapeutischer Sicht ist diese Auffassung aber ein Problem, weil sie etwas sehr Externalisierendes hat.

Das heisst? Es würde bedeuten, die Person mit einem Burnout habe selber überhaupt keinen Anteil daran und müsste deshalb auch nicht viel an ihrer Situation ändern. Das stimmt aber selten. Deshalb muss der Blick immer geöffnet und das Gespräch zu dritt, mit dem Arbeitgeber, gesucht werden. (RfO)

«Politik muss man auch aus Freude machen»

Regierungsrat Urs Hofmann sagt, es sei viel schwieriger geworden, einzuschätzen, ob ein Gemeinderatsamt zeitlich drinliege. Und: Es sei wichtig, rechtzeitig auf die Zeichen des eigenen Körpers zu hören.

Vorzeitige Rücktritte habe es schon immer gegeben und werde es auch immer geben. Etwa, um zu vermeiden, dass es am Ende einer Amtszeit zu einer Häufung von Rücktritten kommt, aus familiären Gründen, bei Berufs- oder Wohnortwechseln. «Diese lassen sich nicht vermeiden», sagt Hofmann. Er sei selber 1996 nach über zehnjähriger Amtsdauer als Stadtrat und Vizeammann von Aarau zurückgetreten, als er eine neue Funktion übernommen habe.

Nicht nur reiner Wein

Tatsache sei jedoch, dass es heute nicht mehr einfach sei, im Voraus zu beurteilen, ob ein Gemeinderatsamt wirklich zeitlich drinliege: «Die grössere berufliche Mobilität, der eigene Anspruch, nebst Beruf und Politik auch familiäre Aufgaben zu übernehmen, oder die sich verändernden Ansprüche im Beruf machen es für viele Gemeinderätinnen und Gemeinderäte schwierig, die persönliche Situation richtig einzuschätzen.» Gespräche mit Ratsmitgliedern, die nach kurzer Zeit im Amt bereits wieder zurücktraten,



«Wenn das Amt nur noch zur Last wird, muss man handeln, sonst brennt man aus.»
Urs Hofmann
Vorsteher Innendepartement

haben Hofmann zudem gezeigt, «dass ihnen zuweilen vor einer Kandidatur nicht reiner Wein bezüglich des effektiven zeitlichen Aufwandes eingeschmeckt wurde.» Wenn dann zeitliche Überbelastungen zu gesundheitlichen Problemen führten oder sich ein Zustand des Dauerstresses ergebe, bleibe oft keine andere Wahl als der vorzeitige Rücktritt.

Dabei spielt laut Hofmann auch immer wieder das politische Klima in einer Gemeinde oder im Gemeinderat eine Rolle. «Wenn man in der Öffentlichkeit angegriffen wird oder sich auch nur angegriffen fühlt oder die Gemeinderatssitzungen als unangenehm oder konfliktbeladen empfunden werden, bringt dies in einer schwierigen Situation das Fass noch zum Überlaufen.» Schwierige Phasen überwinden könne man mit einem guten Gesprächsklima und wirklicher Kollegialität innerhalb des Rats.

Wertschätzung statt Vorwürfe

Vergangene Woche gab der Gemeindeammann von Schinznach-Bad, Oliver Gerlinger, in einem persönlichen Brief im

VON MARIO FUCHS

Als Vorsteher des Departements Volkswirtschaft und Inneres (DVI) ist Urs Hofmann oberster Schirmherr der 213 Aargauer Gemeinden. Ihm ist die Problematik der vorzeitigen Rücktritte deshalb bestens bekannt. Will ein Ammann während der Legislatur zurücktreten, muss er sein Rücktrittsgesuch bei der Gemeindeabteilung im DVI einreichen. Auf Anfrage der az sagt Urs Hofmann, es seien nicht in erster Linie die Rücktrittszahlen, die ihn beunruhigten (vgl. Text oben). Die Zahlen hätten sich in den letzten zehn Jahren nicht dramatisch verändert.

Nach Tweet gegen Glarner: «Ein Witz, ein schlechter Witz»

Prozess Weil er auf Twitter Andreas Glarner als pädophil bezeichnet hat, musste ein 40-jähriger Student vor Gericht

VON MANUEL BÜHLMANN

SVP-Hardliner Andreas Glarner strahlt ein Baby an, das er mit beiden Händen hochhebt. Das Foto, aufgenommen in einem griechischen Flüchtlingslager und mit der Schlagzeile «Wir müssen mehr helfen» auf der «Blick»-Titelseite erschienen, löste im letzten Sommer eine Welle empörter Reaktionen aus. SP-Nationalrat Cédric Wermuth etwa verlor Glarner auf Twitter den Titel «Heuchler des Jahrhunderts».

Geärgert hat sich auch Paul (Name geändert). Der 40-jährige Zürcher Student ist ein eifriger Twitterer. Tausende Tweets hat er bereits abgesetzt. Tag für Tag meldet er sich zu Wort, kommentiert das politische Geschehen. Doch der Beitrag, den er an einem Samstagnachmittag im vergangenen Juli verfasste, brachte ihm eine Strafanzeige des SVP-Nationalrats ein. «Andreas Glarner zeigt in den Medien unangenehm seine Pädophilie: Wo bleibt die Empörung von Natalie Rickli?», schrieb Paul zu einem Bild der besagten Titelseite. Das brachte ihm einen Strafbefehl wegen übler Nachrede, eine bedingte Geldstrafe über 1800 Franken sowie eine Busse von 400 Franken ein. Akzeptieren will Paul dieses Urteil allerdings nicht - und wehrt sich mit einer Einsprache dagegen. Deshalb musste sich das Bezirksgericht Bremgarten mit dem Tweet beschäftigen.

habe, dass Andreas Glarner pädophil sei, antwortet der Gefragte mit Nein.

Wer der üblen Nachrede beschuldigt wird, hat dann die Chance auf einen Freispruch, wenn er beweisen kann, dass seine Äusserung der Wahrheit entspricht. Das erklärt der Richter dem Beschuldigten, der daraufhin entgegnet: «Ich habe nie eine wahre Behauptung aufgestellt.» Er habe den SVP-Nationalrat nie als Pädophilen erscheinen lassen wollen, bereue es, falls dies so verstanden worden sein. «Das Verhalten von Herrn Glarner hat mich empört», begründet er seinen Tweet. Er habe damit die beiden SVP-Politiker Rickli und Glarner ins Lächerliche ziehen wollen - «nicht mehr», sagt Paul. «Es war ein Witz, ein schlechter Witz.» Für den er sich bei Glarner entschuldigt habe.

Glärner: «Froh über das Urteil»

Der Urteilsverkündung lauscht Paul stehend mit hinter dem Rücken verdeckten Händen. Das Bezirksgericht bestätigt Schuldspruch und Strafmass der Staatsanwaltschaft. Bei übler Nachrede sieht das Strafgesetzbuch vor, dass der Täter milder oder gar nicht bestraft werden kann, wenn er seine Äusserung als unwahr zurücknimmt. Darauf könne sich der Beschuldigte aber nicht berufen, sagt Richter Corboz. «Sie haben nie konkret geschrieben, dass Sie Ihre Aussage zurücknehmen.»

Andreas Glarner, der wegen der Session in Bern nicht am Prozess in Bremgarten teilnehmen konnte, ist froh über das Urteil. «Dass der Mann verurteilt worden ist, halte ich für absolut richtig. Mit dieser Aussage hat er eine Grenze überschritten.» 20-mal, schätzt Glarner, habe er schon Anzeige erstattet. «Bisher sind alle verurteilt worden. Verloren habe ich vor Gericht noch nie.» Seit er gegen die übelsten Beschimpfungen vorgehe, habe deren Zahl massiv abgenommen.

Tweet aus Empörung

Paul - dunkelgrüne Hose, hellgrüner Rollkragenpulli - erscheint ohne Verteidiger am Prozess. Bevor es in den Gerichtssaal geht, schaut er auf der Bank im Vorzimmer nochmals seine handgeschriebenen Notizen durch. Drinnen beantwortet er langsam und leise die übelsten Fragen von Gerichtspräsident Raimond Corboz. Auf die Frage, ob er das Gefühl

Steuererklärung

Für Rentner nur noch fakultativ?

CVP-Präsidentin Marianne Binder will mit einer Interpellation nicht mehr erwerbstätige Rentnerinnen und Rentner bei der Steuererklärung entlasten. Das könnte so funktionieren: Man wird ja gemäss Vermögens- und Einkommensverhältnissen besteuert. Im Speziellen Letztere verändern sich bei erwerbstätigen Menschen. Demgegenüber hat ein Grossteil der Rentnerinnen und Rentner kein Erwerbseinkommen mehr, ihre Vermögensverhältnisse und auch die Abzüge sind stabil. Die Bezüge aus den Sozialversicherungen verändern sich ebenfalls nicht, so Binder in ihrem Vorstoss. Davon ausgehend fragt sie bei der Regierung an, ob man es künftig nicht so handhaben könnte, dass im Rentenalter das jährliche Ausfüllen einer Steuererklärung nur dann obligatorisch bleibt, wenn sich

a) die Vermögensverhältnisse geändert haben, (etwa Erbschaft, Lotteriegewinn), b) die Einkommensverhältnisse geändert haben, (etwa Aktiengewinne, berufliche Tätigkeiten).

Ansonsten, schlägt Binder vor, soll das Ausfüllen einer Steuererklärung fakultativ werden. Demnach müssten Rentner einmalig eine Steuererklärung einreichen. Fortan könnten sie sich mit einer eidesstattlichen Erklärung auf die entsprechende Veranlagung berufen. Damit könnte man vieles vereinfachen, und auch dem Staat hohe administrative Kosten ersparen, hofft die CVP-Präsidentin. Sie fragt an, ob die Regierung zu einer solchen Regelung bereit wäre. Und sie will wissen, wie diese den Anteil hochbetagter Menschen beurteilt, die «gebüsst werden, weil sie überfordert sind beim Ausfüllen der Steuerklärung». (MklJ)

Kantonsfinanzen

Parlament soll wieder steuern können

Vor über zehn Jahren ist im Aargau eine gewichtige Reform beschlossen worden, die nach Einschätzung der SVP-Fraktion im Grossen Rat ihr Ziel verfehlt hat. Mit jener «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung» (WOF) hätten unter anderem Effektivitäts- und Effizienzgewinne und dadurch Entlastungen für den Steuerzahler sowie eine Stärkung des Grossen Rates durch Führen mit Zielen erfolgen sollen. Zudem sei gesagt worden, rund die Hälfte der Staatsausgaben seien mit WOF direkt beeinflussbar, schreibt SVP-Grossrätin Maya Meier in einer neu eingereichten Motion.

«Heute, gut 10 Jahre nach der Einführung der WOF, tönen diese Ziele fast wie ein Hohn», schreibt Meier weiter. Kein einziges der Ziele sei erreicht worden. Der neue Budgetierungs- und Rechnungsprozess habe genau zum Gegenteil geführt. Meier: «Die Staatsausgaben sind explodiert, die Steuerbarkeit der Finanzen hat massiv abgenommen und der Grosse Rat beziehungsweise die Kommissionen wurden in vielen Punkten geradezu zu einer «Abnick-Institution» degradiert.» Die letzten Budgetphasen hätten gezeigt, dass eine Steuerung rein über Ziele zwar eine gute Absicht, in der Realität aber nicht umsetzbar sei, so Meier weiter. Sie schreibt, eine Rückkehr zu einer direkten Steuerung mit Rechnungslisten, wie dies der Grosse Rat vor WOF getan hat, und wie es auch auf Gemeindeebene gehandhabt wird, sei vermutlich die einzige Lösung. Deshalb will Meier die Regierung beauftragen, Vorschläge zu unterbreiten, um die WOF-Reform im Rechnungs- und Budgetierungsprozess rückgängig zu machen. (MklJ)